

Sitzung der staatlichen Deputation für Inneres
Berichtsbitte von Herrn Wesemann
Anlage zu Bericht

Erlass	Bezeichnung / Rechtsgrundlage	Bemerkungen
99-11-01 vom 23.11.1999	Bleiberecht für Asylbewerber mit langjährigem Aufenthalt und abgelehnte Vertriebenenbewerber § 32 Ausländergesetz	Der Erlass wurde aufgehoben. Er war als Grundlage für die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen noch in Kraft. Inzwischen besteht keine praktische Relevanz mehr.
03-08-02 vom 14.08.2003	Einholung einer richterlichen Anordnung bei Ingewahrsamnahme eines Ausländers/einer Ausländerin zum Zwecke der Sicherung der Durchführung der Abschiebung; - Beschluss des BVerfG vom 15. Mai 2002 Artikel 104 GG	Der Erlass wurde aufgehoben. Die Entscheidung des BVerfG ist inzwischen fester Bestandteil der Praxis.
03-09-01 vom 08.09.2003	Aufenthaltsrechtliche Regelungen für Berufssportler und –trainer gem. § 5 Nr. 10 AAV	Der Erlass wurde aufgehoben. Die Arbeitsaufenthaltsverordnung (AAV) basiert noch auf dem Ausländergesetz und ist nicht mehr in Kraft.
07-01-02 vom 16.01.2007	Aufnahme jüdischer Zuwanderer § 23 AufenthG	Der Erlass ist befristet bis zum 31.12.2015. Eine Verlängerung ist nicht vorgesehen, da eine entsprechende Anordnung des Bundesministeriums des Innern vorliegt.
e09-12-08 vom 30.12.2009	Begleitmaßnahmen bei der Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen § 58 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert
e10-06-03 vom 21.06.2010	§ 58 AufenthG – Abschiebung (Abschiebetermin)	Der Erlass wurde aufgehoben. Die Bekanntgaben des Abschiebetermins ist inzwischen gesetzlich verboten.
e11-10-01 vom 17.10.2011	§ 25 AufenthG – Aufenthalt aus humanitären Gründen	Der Erlass bleibt unverändert.
e11-12-01 vom 12.12.2011	§ 23 AufenthG - Altfallfolgeregelung	Der Erlass wurde aufgehoben. Er war als Grundlage für die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen noch in Kraft. Inzwischen besteht keine praktische Relevanz mehr
e12-03-02 vom 27.03.2012	Widersprüche gegen aufenthaltsrechtliche Entscheidungen Ergänzung der Bremer Verwaltungsvorschrift für die	Der Erlass bleibt unverändert.

Sitzung der staatlichen Deputation für Inneres
Berichtsbitte von Herrn Wesemann
Anlage zu Bericht

	Durchführung von Widerspruchsverfahren vom 07.10.2010	
e12-06-01 vom 27.06.2012	Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen / Absehen von der Erfüllung der Passpflicht § 5 Abs. 3 Satz 2 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert.
e12-11-01 vom 12.11.2012	§ 68 AufenthG – Haftung für den Lebensunterhalt	Der Erlass bleibt unverändert.
e12-11-02 vom 20.11.2012	Aufenthaltsrechtliche Regelungen für Staatsangehörige der Republik Kosovo §§ 58 und 60a Abs. 2 AufenthG	Über eine Anpassung oder Aufhebung wird nach der Senatsbefassung über das Integrationskonzept entschieden.
e12-11-03 vom 20.11.2012	Rückführung irakischer Staatsangehöriger §§ 58 und 60a Abs. 2 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert.
e12-12-01 vom 10.12.2012	Rückführung von ausreisepflichtigen afghanischen Staatsangehörigen / Anordnung zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen §§ 23 Abs. 1, 58 und 60a Abs. 2 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert.
e12-12-03 vom 21.12.2012	Befragung bei Verdacht auf Scheinehe Ziffer 27.1a.1.1.2 Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Aufenthaltsgesetz	Der Erlass bleibt unverändert.
e13-03-02 vom 27.03.2013	Anordnung nach § 23 Abs.1 AufenthG für syrische Staatsangehörige, die im Besitz einer AE nach § 16 Abs. 1 sind und ihre Familienangehörigen	Der Erlass bleibt unverändert.
e13-05-01 vom 15.05.2013	§ 62 AufenthG – Sicherungshaft – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	Der Erlass bleibt unverändert.
e13-05-02 vom 27.05.2013	Lebensunterhaltssicherung §§ 5 und 28 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert.
e13-09-01 vom 02.09.2013	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Ausbildung §§ 25 Abs. 4 und 60a Abs. 2 AufenthG	Der Erlass wurde aufgrund des Beschäftigungsverbots für Staatsangehörige aus den sicheren Herkunftsstaaten überarbeitet. Neufassung: Erlass e15-12-01
e14-03-02 vom 19.03.2014	Aktuelle Situation in Syrien; Beschaffung von Nationalpässen §§ 3 und 48 Abs. 2 AufenthG, § 5 Abs. 2 AufenthV	Der Erlass bleibt unverändert.
e14-09-01 vom 26.09.2014	Familiennachzug zu Schutzberechtigten aus Syrien und Irak nach § 29 Abs. 2 und 3 AufenthG	Der Erlass wurde aufgehoben. Eine Gleichstellung der subsidiär Schutzberechtigten

Sitzung der staatlichen Deputation für Inneres
Berichtsbitte von Herrn Wesemann
Anlage zu Bericht

		mit anerkannten Flüchtlingen ist inzwischen erfolgt.
e15-06-01 vom 24.09.2015	Duldung – Ausbildung § 60 Abs. 2 Satz 3 AufenthG	Der Erlass wurde aufgehoben. Die Anerkennung einer Ausbildung als Duldungsgrund ist jetzt gesetzlich vorgesehen.
e15-09-01 vom 15.09.2015	Nebenbestimmung Beschäftigungsrecht § 32 BeschV (a.F.)	Der Erlass wurde aufgrund des Beschäftigungsverbots für Staatsangehörige aus den sicheren Herkunftsstaaten überarbeitet. Neufassung: Erlass e15-12-02
e15-10-01 vom 16.10.2015	Rückführung nach Syrien; Verlängerung des Abschiebestopps nach § 60a Abs. 1 AufenthG	Der Erlass bleibt unverändert.
e15-12-01 vom 04.12.2015	Unbegleitete minderjährige Ausländer § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	Neufassung des Erlasses e13-09-01
e15-12-02 vom 04.12.2015	Nebenbestimmung Beschäftigungsrecht § 60a Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 AufenthG, § 61 Abs. 2 Satz 4 AsylG, § 32 BeschV	Neufassung des Erlasses e15-09-01